

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

№ 10.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

Mittwoch, den 14. Januar.

Insertate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Die Bluttaufe in Kamerun.

Drei Tage hindurch, vom 20. bis zum 22. Dezember v. J., haben sich Mannschaften der jungen deutschen Flotte gezwungen gesehen, die offenbar von englischen Handelsagenten aufgestachelten Neger der Kamerunküste zu züchtigen und für ihr aufrührerisches Gebahren in einer Weise zu bestrafen, die ihnen lange Zeit im Gedächtnis haften wird. Früher waren dort die deutschen Ansiedler auf den höchst mangelhaften englischen Schutz angewiesen, jetzt ist es nötig geworden, den Pionieren Deutschlands den vaterländischen Schutz wirksam zu schaffen, auf den sie nach Aufhijung der deutschen Flagge ein Recht haben. Wie wir bereits nach den bisher eingelaufenen spärlichen Depeschen meldeten, ist nach dem energischen Eingreifen des deutschen Kontradmiraals Knorr die Ruhe in dem Kamerungebiet wieder hergestellt und werden sogar von den eingeschüchterten Negern die Waffenvorräte abgeliefert. Der noch nicht völlig aufgeklärte Vorgang begann wohl damit, daß die auf Seite der Engländer stehenden Neger gegen ihren früheren Freund und Gefinnungsgenossen, den „König“ Bell, welcher sich später mit dem deutschen Protektorat einverstanden erklärte, einen Racheakt wegen vermeintlichen Verrathes verübten, der das Einschreiten der deutschen Marine notwendig machte. Der Schauplatz der betreffenden Vorgänge liegt zu beiden Seiten der Hauptmündung des Kamerunflusses. Auf der linken Seite derselben befinden sich eine Anzahl deutscher Faktoreien und Negerdörfer, die unter deutschem Schutz stehen, darunter auch der Flecken, über welchen der erwähnte Häuptling Bell gebietet. Letzteren Flecken hatten Neger eines anderen, auf der rechten Seite des Flusses wohnenden Stammes zerstückt und verbrannt. Gleichzeitig scheinen dieselben oder mit ihnen verschworene Neger anderer Ortschaften gewaltsame Unternehmungen gegen die Woermann'schen Beamten versucht zu haben, von denen einer, Karl Pantanius aus Lübeck, in ihre Gefangenschaft gerieth. Alle diese Umstände haben einen Kampf gegen die Auführer nötig gemacht, dessen ruhmvoller Verlauf bereits bekannt ist. Die Erstürmung der von den Negern tapfer verteidigten Position in Fopstown wird für späte Zeiten als die Bluttaufe der deutschen Kolonialpolitik gelten. Dort haben die schwarzen Auführer den Muth und die Ausdauer deutscher Seesoldaten kennen lernen. Uebrigens wird sie auch die wirksame Beschließung Hickorytowns durch das deutsche Schiff „Olga“ belehrt haben, was ihrer harrt, wenn sie sich wieder einfallen lassen sollten, deutsche Ansiedlungen zu belästigen oder die mit den Deutschen befreundeten Neger zu kränken.

Unser Kaiser hat der muthigen Mannschaft der „Olga“, welche gegen eine weit überlegene Anzahl von Kamerunnegern so tapfer und schneidig vorging, sofort seine volle Anerkennung ausdrücken lassen. Diese Anerkennung drückt sicher gleichzeitig die Bewunderung aus, welche das ganze deutsche Volk für die von dem Kontradmiraal Knorr befehligten kühnen Mannschaften empfindet, deren Schutz unsere junge Kolonie am Kamerunflusse anvertraut ist. Ebenjo lebhaft ist allgemein das Mitgefühl für den jungen Beamten der Woermann'schen Faktoreien, Karl Pantanius, an dem die durch den Verlust mehrerer Häuptlinge erbitterten Neger ihre Rache ausließen. Freilich taucht nun die Frage auf, ob es möglich sein wird, die westafrikanischen Besitzungen Deutschlands auf die Dauer lediglich mit Hilfe eines Geschwaders gegen etwaige Angriffe der Eingebornen zu schützen, oder ob es nötig werden wird, an diesen oder jenen Ort eine Garnison zu legen. Gerade der Fall in Kamerun legt diese Frage nahe, denn es wäre doch sehr wohl denkbar, daß die vertriebenen Neger die Hilfe ihrer Stammesgenossen anriefen und in großer Anzahl zurückkehrten, um den Tod der Gefallenen zu rächen. Wäre dann das Geschwader wieder abgezogen, so ständen die deutschen Kolonisten den Angriffen schutzlos gegenüber. Eine Zeit lang werden natürlich die Kriegsschiffe „Bismarck“ und „Olga“ vor Kamerun verbleiben, aber die etwa auf die Nachfolge sinnenden Eingebornen werden klüglich die Zeit abwarten, bis die Schiffe wieder in See gestochen sind und dann ihr Mithgehen an den wehrlosen Ansiedlern fühlen und ihre Niederlassungen gerade so niederbrennen, wie es ihren eigenen Ortschaften geschehen ist. Es ist nicht notwendig, daß es so kommt, aber die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen. Da fragt es sich, ob es nicht doch das Beste und Zweckmäßigste wäre, nach Kamerun eine Garnison zu legen.

Als erstes Blutopfer der deutschen Kolonialpolitik ist, wie erwähnt, Karl Pantanius aus Lübeck von den aufgestachelten Kamerun-

Negern umgebracht worden. Dieser 29 Jahre alte, sehr bejammerte Beamte Woermanns, der den dortigen deutschen Faktoreien schon mehrere Jahre seine nützlichen Dienste lieh, verstand vorzüglich mit den Negern umzugehen, war ihrer Sprache mächtig und diente auch seiner Zeit Dr. Nachtigal als Dolmetsch bei den Verhandlungen. Pantanius stand einer Faktorei vor, welche, entgegen von den Küstenniederlassungen, außer ihm manchmal nur von einem, manchmal von keinem Weißen besetzt war, doch hatte er, wie er noch im vorigen Sommer in Lübeck erzählte, als er dort zum Besuch war, eben wegen seines guten Einbernehmens mit den Negern keinerlei Furcht. Unzweifelhaft haben englische Agenten diesen ihnen unbehaglichen deutschen Pionier bei den Negern verhetzt. Die durch diesen Schlag der Stütze ihres Alters beraubten Eltern des Unglücklichen konnten über das Ende ihres Sohnes von dem zur Stunde selbst noch ununterrichteten Hause Woermann nichts Näheres erfahren und hoffen von den Offizieren der vor Kamerun befindlichen Kriegsschiffe wenigstens später über den Verbleib der Leiche ihres Sohnes Nachricht zu erhalten. Inzwischen quält sich ihre Phantasie mit der Vorstellung, daß ihr Sohn auf die fürchterlichste Weise gemartert und geschlachtet worden sei. Die ganze Stadt Lübeck, welche das erste Opfer der neuen Kolonialpolitik gebracht, nimmt den innigsten Antheil an dem Unglück. In den Gesechten bei Kamerun sind von deutschen Mannschaften verwundet: von S. M. S. „Olga“ die Matrosen Gludau, Kuhnert und Krüger schwer, Meier und Leberenz leicht; von S. M. S. „Bismarck“ Obermatrose Schloffer leicht, Maschinistenmaat Pfeiffer Verlust eines Auges.

Das deutsche Volk hat die Kolonialpolitik aus guten Gründen gewollt und wird auch die dafür erforderlichen Opfer an Gut und Blut nicht schonen. Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre! Die mit der ersten kurlandenburgischen afrikanischen Kolonie gemachten Erfahrungen dürfen sich nicht wiederholen. Dama waren es die Holländer, heute sind es die Engländer, welche uns durch Aufhebung der Afrikaner hindern wollen, unsere Seemacht zu vergrößern, unsere Abgabengebiete zu vermehren, unserer überhäumenden Bevölkerung neue Zufluchtsorte zu erschließen. Inzwischen ist aber Deutschland groß und einig geworden und zu der Einsicht gelangt, wie andere Völker nur durch unsere Zwietracht zu dem wurden, was sie sind. Die Einstimmigkeit, mit welcher der deutsche Reichstag am Sonnabend dem Kanzler die für Kamerun geforderten Summen bewilligte, wird den Engländern gezeigt haben, daß die Klust zwischen den Parteien in Deutschland sofort überbrückt wird, wo des Vaterlandes Nutzen und Ehre Einmüthigkeit fordern. Darüber herrscht nirgend bei uns ein Zweifel: das am Kamerunflusse geflossene deutsche Blut darf nicht umsonst vergossen worden sein! Wir wollen den Boden für alle Zeit behalten, der mit so kostbaren Tropfen gedüngt worden ist.

Tageschau.

Freiberg, den 13. Januar.

Unter dem tiefen Eindruck vorstehender Botchaften aus der neuen deutsch-afrikanischen Kolonie hat der deutsche Reichstag am Sonnabend sich des Streites begeben und die für Kamerun gemachten Regierungsforderungen in patriotischer Weise bewilligt. Wie selbst die radikale „Frankf. Ztg.“ anerkennt, zeigte sich Fürst Bismarck bei der ganzen Verhandlung sehr ruhig und verständlich. „Er war der Sieger, aber es gab keine Besiegten. Der Tag wird als ein erster in der Geschichte Deutschlands anzuführen sein. Mag die Position, um die sich die Debatte drehte, an sich auch nur gering sein, das Resultat des Tages ist: die Bahn der Kolonialpolitik ist beschritten; jetzt giebt es kein Halt mehr, noch weniger ein Zurück.“ Die freisinnige „Breslauer Ztg.“ schreibt: „Wenn schon vorher feststand, daß sich die Debatte unter dem Eindruck hoher Begeisterung für die Kolonialpolitik vollziehen werde, so war diese Begeisterung auf Grund der bekannt gewordenen Depeschen eine doppelte. Windthorst, der die Rolle des Warners spielte, führte Auseinandersetzungen mit dem Reichskanzler herbei, denen allerdings die Schärfe früherer Zeiten fehlte. Die Freisinnigen waren in der Lage, auf einen die Forderung bewilligenden Fraktionsbeschluß, der bereits am 14. Dezember gefaßt war, hinzuweisen. Richter's Rede war ein Meisterwerk; er bezeichnete genau die Grenzen, wie weit er die Kolonialpolitik mitzumachen entschlossen sei.“

Wider interessant verlief die Montagsitzung des deutschen Reichstages, in welcher mehrere Titel des Militäretats beraten wurden. Der Abg. von Köller begründete zunächst den Antrag der Kommission, die Dienstzulage für den General-

stabsarzt in Höhe von 900 Mark abzulehnen und für zwei Oberstabsärzte statt 5400 Mark Gehalt und 900 Mark Dienstzulage nur 4800 Mark Gehalt und 1200 Mark Dienstzulage zu bewilligen; außerdem empfahl der Redner den Antrag Richter, — bezüglich der Ermäßigung der Fouragerationen für die höheren Offiziere und Ablehnung der Gewährung von Rationen an den Generalstabsarzt der Armee, die Generalärzte und Intendanten — abzulehnen. An Stelle dieses Antrags schlug die Kommission vor, eine Revision der Rationsbezüge im Sinne einer Verminderung derselben vorzunehmen; ferner in Erwägung zu ziehen, ob es nicht zweckmäßig erscheint, an Stelle des Bezuges von Rationen einen Ansaß von Pferdehaltungsgeldern beziehungsweise Fuhrkostenzuschüßigungen für Offiziere und Beamte treten zu lassen. Die Kommissionsanträge fanden nach kurzer Debatte Annahme. Nun folgte der Bericht der Budgetkommission über den Antrag des Abg. Letocha, welcher bereits im vorliegenden Etat die Gehälter der katholischen Militärgenossen auf die Höhe derjenigen der evangelischen bringen wollte. Diesen Antrag schlug die Kommission vor, abzulehnen, indem es bisher nicht Unus gewesen, aus dem Hause Anträge auf Erhöhung der im Etat geforderten Bezüge zu stellen. Statt dessen wurde beantragt: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Gleichstellung der Militärgenossen beider Konfessionen hinsichtlich der Gehaltsverhältnisse, sowie der sonstigen militärischen Stellung herbeizuführen.“ Nachdem Abgeordneter Letocha seinen Antrag zurückgezogen, wurde die Resolution angenommen. Nachdem noch mehrere andere Positionen nach den Vorschlägen der Kommission erledigt wurden, brachte Abg. v. Pöllmar das Verbot der Gouverneure zur Sprache, welches den Soldaten den Besuch gewisser Wirtschaften von Zeit zu Zeit untersagt. Nachdem der Kriegsminister von Sart v. Schellendorf diese Verbote gerechtfertigt hatte, brachte Abg. Richter die von Offizieren in Lauenburg bei Kontrollverfammlungen gehaltenen politischen Reden zur Sprache. Hierauf erwiderte der Minister, die Erinnerung, daß Alles was Seine Majestät thue, dem Lande zum Segen sei, enthalte für Soldaten nichts Unerlaubtes, und das werde die Empfindung eines Jeden sein, der ein treues Soldatenherz in der Brust trage. Nach einer weiteren Erörterung über die schwierige Beschwerdebefürung der Soldaten bat der Minister den Abg. Richter, den Namen des von ihm gemeinten Kommandeurs zu nennen. Zu einem durchaus nicht konstatirten Falle könne er nicht Stellung nehmen. Habe ein Soldat Beschwerden, so möge er den Instanzenzug verfolgen. Abg. Dirichlet meinte, die Soldaten hüteten sich vor solchen Beschwerden, weil sie davon dienstliche Unannehmlichkeiten befürchteten, was der Kriegsminister entschieden in Abrede stellte. Nach Erledigung des Kapitels vertrat sich das Haus auf heute.

Die Budgetkommission des Reichstages beschloß gestern bei der Berathung des Marineetat's mit Rücksicht auf die billigeren Lebensmittelpreise 150 000 M. vom Naturalverpflegungsetat abzusetzen. Die übrigen Positionen, sowie die für mehrere Ersatzschiffe geforderten Baukosten genehmigte sie jedoch unverändert. — Die Eröffnung des preussischen Landtages findet am 15. Januar Mittags 12 Uhr statt.

Unser Kaiser hat dem Prinzen Albert Viktor, dem Sohne des Prinzen von Wales, anlässlich seiner Großjährigkeitsfeier den Schwarzen Adler-Orden verliehen, den der deutsche Botschafter Graf Münster persönlich nach Schloß Sandringham bringt. — Prinz August von Württemberg ist am vorigen Freitag plötzlich während der Jagd in dem königl. Forst Zehdenick erkrankt und per Wagen sofort in das Hotel „Zum Kronprinzen“ gebracht worden. Zuerst schien es, als ob der Unfall keine schlimmeren Folgen nach sich ziehen würde; der Prinz erholte sich Anfangs, aber bald trat zu der Krankheit ein Schlaganfall hinzu. Der Zustand des Prinzen gilt als hoffnungslos. — Der „Reichsanzeiger“ charakterisirt eine von dem Jesuiten Morawski in Krakau unter dem Titel „Przeglad Powszechny“ herausgegebene allgemeine Rundschau und sagt: „Die Tendenz derselben sei darauf gerichtet, den Gedanken der Wiederherstellung Gesamtpolens unter den polnischredenden Unterthanen Preußens, Oesterreichs und Rußlands wach zu erhalten. Bezeugt wird diese Absicht insbesondere dadurch, daß die Zeitschrift Mitarbeiter aus allen irgend zur polnischen Nationalität in Beziehung stehenden Ländern angeworben und von Polnisch-Litland bis Dalmatien hinüber publizistische Verbindungen angeknüpft hat. Daß Deutschthum, Ultramontanismus und Fanatismus sich wie rothe Fäden durch die Publikation ziehen und unter der Firma der Glaubensstreue eine der bestehenden staatlichen Ordnung feindliche Stimmung gepflegt wird, versteht sich von selbst.“ Am Schluß sagt der „Reichsanzeiger“: „Daß dem Interesse der katholischen Kirche durch den durch polnisch-nationale